



Aus dem Ortsverband

Klimawandel - Was ist zu tun?

Vortrag von **Hanna Wang-Helmreich**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Wuppertal Institut und Fachfrau für Klimapolitik, in der Rheinberger Stadthalle

Die weltweiten Lebensräume werden durch die Erderwärmung zunehmend bedroht. Zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema laden Bündnis90/Die Grünen aus Alpen, Moers, Rheinberg, Sonsbeck, Xanten und der Kreisverband Wesel ein am Freitag, 17. Mai 2019, in die Stadthalle Rheinberg. Einlass 19:00 Uhr. Beginn des Vortrags 19:30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Der überwiegende Anteil der weltweit mit dem Klimawandel beschäftigten Wissenschaftler – ca. 97 % – ist sich hierin einig:

- ! die Erderwärmung ist menschengemacht, sie begann mit dem industriellen Zeitalter,
- sie steigt mit zunehmender Geschwindigkeit an.

Was bleibt der Menschheit anderes übrig, als heute schnell und überlegt zu handeln? Angesichts von Millionen Flüchtlingen, die ihre nunmehr lebensfeindliche oder versunkene Heimat zurücklassen müssen, haben wir keine anderen Handlungsalternativen, als gegen die Ursachen der Erderwärmung anzukämpfen. Im Gegensatz zu dieser Entwicklung sieht der Bundeshaushalt 2019 für die Entwicklungshilfe Kürzungen vor. Darunter fallen auch solche Zuwendungen an Drittstaaten, um „Fluchtanreize in den Herkunftsländern“, wie Ernteausfälle, Wüstenbildung, Zerstörungen durch andere Umweltkatastrophen usw., abzubauen.

Diese Leistungen mögen momentan noch als barmherzige Unterstützungen erscheinen, da vor allem Menschen aus Afrika und Asien betroffen sind. Zuneh-

mend werden jedoch auch die Europäer, Nordamerikaner, Japaner und Australier den gefährlichen und strapaziösen Auswirkungen des Klimawandels unmittelbar gegenüberstehen. Die zeitlichen Abstände solcher „Heimsuchungen“ werden immer geringer. Die heißesten Sommer in Europa seit dem Jahre 1500 beispielsweise datierten auf 2002, 2003, 2006, 2007 und 2010. Prof. Dr. Ramsdorf vom Potsdamer Institut für Klimafor-

- ! Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie eGmbH beschäftigt sich seit seiner Gründung 1991 u.a. mit der Klimaforschung, berät Regierungen, informiert die Bevölkerung und beobachtet und kommentiert die internationalen Konferenzen.

Diese Konferenzen finden unter großer medialer Aufmerksamkeit statt, zuletzt in Kattowitz. Es wäre sicher der Ehre zu viel, sie als erfolgreiche Schrittmacher bei der Benennung und Bekämpfung der fatalen Ursachen des Klimawandels zu sehen. Viele Menschen empfinden die Trippelschritte hin zu einer konzertier-

Stadthalle Rheinberg
Freitag, 17. Mai 2019, 19.00 Uhr
Eintritt frei

Einladung zum Referat und anschließender Diskussion:
Der Klimawandel
Hitze, Hochwasser, Stürme, Flucht . . .
Was ist zu tun?

Vortrag von **Hanna Wang-Helmreich**
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
des Wuppertal Institut
Fachfrau für Klimapolitik

TERMIN VORMERKEN!

ten Lösung als quälend langsam. Sie befürchten, angesichts der zunehmenden Extremwetter mit zum Teil verheerenden Folgen für die betroffenen Bevölkerungen, dass die Anstrengungen nicht reichen oder viel zu spät kommen.

Auf seiner Homepage stellt das Institut sein Selbstverständnis wie folgt dar:

„Das Wuppertal Institut erforscht und entwickelt Leitbilder, Strategien und Instrumente für Übergänge zu einer nachhaltigen Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Im Zentrum stehen Ressourcen-, Klima- und Energieherausforderungen in ihren Wechselwirkungen mit Wirtschaft und Gesellschaft.“

1991, bei Gründung des Instituts, stand die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung in Rio an. Zu diesem Zeitpunkt umfasste der Stab der Wuppertaler 40 Wissenschaftler, heute sind es über 200. Eine Außenstelle in Berlin ist hinzugekommen.

Frau **Hanna Wang-Helmreich**, 37 Jahre alt, ist eine in Studienzeit und Anstellung weitgereiste Frau. Sie gehört seit

dem Jahr 2008 dem Wuppertal Institut an, dort der Abteilung Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik. In ihrem Vortrag zeigt sie Ursachen und Folgen des Klimawandels auf. Zur Sprache kommen soll auch, wie der Klimawandel verlangsamt und gestoppt werden könnte – einschließlich der Energie- und Verkehrspolitik – und was die Kommunen und die einzelnen BürgerInnen konkret tun können.

Sie sind herzlich eingeladen in die Rheinberger Stadthalle. Wir freuen uns über ihren Besuch und versprechen einen interessanten Vortrag. Frau Wang-Helmreich steht anschließend für ihre Fragen und Anmerkungen zum Thema zur Verfügung.



Peter Mokros
Ortsverbandsprecher – über die Referentin, das Wuppertal Institut und Fakten zum Klimawandel

Fridays for Future

Es ist beeindruckend und wichtig, dass viele Schüler*innen/junge Menschen jeden Freitag mutig und entschlossen für den Klimaschutz demonstrieren und für den Erhalt unseres Planeten auf die Straße gehen. Sie zeigen mit ihren Protesten, dass sie sich mit dem Klimawandel auseinandergesetzt haben und auf den Ernst der Lage aufmerksam machen wollen. Die Demonstrationen dokumentieren die Betroffenheit der jungen Menschen und sollten auch uns und die Regierenden betroffen machen und bewegen. Ihr Engagement ist eine hohe Anerkennung wert. Wir erklären uns solidarisch mit ihnen. Ihnen mit ordnungsbehördlichen Konsequenzen zu drohen mutet absurd an, es ist 1 Minute vor Zwölf – die Natur wartet nicht!

Die Bundesregierung sollte ihre Hausaufgaben machen und für konsequenten Klimaschutz und eine sichere Zukunft unserer Kinder sorgen!

Dagmar Krause-Bartsch, Ulla Hausmann-Radau, Gisela Sper

Der Regionalplan wird neu aufgestellt

Hintergrund für die Neuaufstellung des Regionalplans ist der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalens und dessen Änderungen durch das sogenannte Entfesselungspaket II der schwarz-gelben Landesregierung. Diese „Entfesselungen“, die faktisch eine rückwärtsgewandte Politik verkörpern, müssen auch in den Regionalplan übernommen werden, damit die verschiedenen Planungsebenen übereinstimmen.

Die Stadt Rheinberg hatte dazu eine Stellungnahme abzugeben. Bei einigen wichtigen Punkten hat sich die GRÜNE Fraktion mit ihren Forderungen durchsetzen können:

Kies – Noch mehr Löcher in unserer schönen Landschaft?

Im Regionalplanentwurf werden weitere Auskiesungsflächen vorgesehen – auch für Rheinberg. Hintergrund ist, dass die CDU/FDP-Landesregierung die Versorgungszeiträume für Kiesabbau ohne nähere Begründung von 20 auf 25 Jahre verlängert hat. Das heißt, die ausgewiesenen Kiesflächen müssen den Bedarf von 25 Jahren abdecken statt von 20. Das heißt natürlich auch ca. 25% mehr benötigte Flächen. Ein besonderer Kritikpunkt ist aus unserer Sicht zudem, wie der Bedarf erhoben wird. Dieser wird nämlich aus den Mengen hochgerechnet, welche die Kiesindustrie verkauft hat. Je mehr Kies die Unternehmen also baggern und verkaufen, desto mehr Flächen bekommen sie auch für die Zukunft ausgewiesen. Ob der Kies dabei für regionale Bedarfe verwendet oder exportiert wird, wird nicht geprüft; hohe Exporte sind aber offenkundig.

Beschlossen wurde nun auf GRÜNEN Antrag hin, dass die Stadt Rheinberg in ihrer Stellungnahme alle noch nicht genehmigten oder jetzt neu eingezeichneten Kiesflächen in Rheinberg ablehnt und die Rücknahme fordert. Das sind die Flächen in Millingen und Drüpt, am Aratta und die an das Hardt'sche Feld angrenzende Fläche am Hohen Weg in Vierbaum. Außerdem fordert die Stadt, was wir ausdrücklich unterstützt haben, eine Rücknahme an Kiesflächen über einen festgelegten Zeitraum. Der hemmungslose Verbrauch von endlichen Rohstoffen unter Vernichtung von ökologisch wertvollen und landwirtschaftlich genutzten Flächen muss gestoppt werden. Stattdessen braucht es höhere Recyclingquoten und eine bessere Nutzung vorhandener Bauflächen und (leerstehender) Gebäude.

Einer der wichtigsten weiteren Gründe gegen den Kiesabbau ist die geologische Filterfunktion, die Kies für unser Grundwasser darstellt. Ist dieser Filter



entfernt, ist er unwiederbringlich verloren.

Hafen Orsoy – was soll eine Erweiterung?

Heiß diskutiert wurde die von interessierter Seite ins Spiel gebrachte Erweiterung des Hafens nach Norden um weitere 12 ha. Viele Orsoyer Bürgerinnen und Bürger hat das dazu gebracht, sich in den politischen Prozess einzubringen.

Hintergrund: Der Hafen Orsoy wurde bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes zum landesbedeutsamen Hafen. Diese Einstufung wurde auf Grund der damaligen Güter-Umschläge von mehr als 2,0 Mio. Tonnen pro Jahr vorgenommen. Diese Zahl hat der Hafen innerhalb der letzten drei Jahre jedoch nicht mehr erreicht.

Statt unsinniger Gedankenspiele über eine Hafenerweiterung (die NIAG selbst hat nach eigener Aussage keinen Bedarf an weiteren Flächen) ist eher die dringend nötige Optimierung der Betriebsabläufe im heutigen Kohlehafens Orsoy einzufordern. Es gilt, die schon im heutigen Betriebsumfang und -ablauf zu hohen Belastungen für Mensch und Natur durch Lärm-, Schwingungs- und vor allen Dingen Staubimmissionen auf die direkt angrenzenden Wohn- und Natur- sowie Landschaftsschutzgebiete zu reduzieren. Unserem Antrag, die Stadt Rheinberg solle eine Erweiterung der Hafenfläche in ihrer Stellungnahme zum Regionalplan vorsorglich ablehnen, wurde zugestimmt.

Bereiche zum Schutz der Natur – erhaltenswert!

Erfolg hatten auch unsere Anträge, die Bereiche zum Schutz der Natur (BSN-Gebiete) nördlich des Orsoyer Hafengeländes und am Orsoyerberg (kleines Wäldchen) in ihren vom Regionalplan vorgesehenen ökologischen Zielsetzungen zu erhalten.

Gewerbegebiet Annaberg – was passiert mit der Messe und wie schützen wir die Anwohnerinnen und Anwohner?

Der Entwurf des Regionalplanes sah für das gesamte Areal der Messe Niederrhein die Umwandlung in einen sogenannten Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) vor.

Auf Initiative der GRÜNEN fordert die Stadt Rheinberg nun, im Regionalplan auf dem Gelände der heutigen Messe Niederrhein einen 50m breiten Schutz-/Grünstreifen festzulegen, der die benachbarte Reihenhaussiedlung von dem GIB-Gebiet abschirmt; was auf dem Messegelände in Zukunft möglich ist, regelt in Zukunft dann die Stadt Rheinberg im Flächennutzungsplan und in einem aufzustellenden Bebauungsplan.

Flächenverbrauch – mehr ist nicht besser

Keine Mehrheit fand unser Einspruch gegen weitere Flächenausweisungen für Wohngebiete und Gewerbe – obwohl wir laut landesweiter Bedarfsberechnung eigentlich schon ausreichend versorgt sind und viele als solche schon ausgewiesene Grundstücke leer stehen oder nur unzureichend genutzt werden.

Wir meinen, es braucht nicht noch weitere Siedlungs- und Gewerbegebiete. Rheinberg hat in den letzten zehn Jahren sehr viel Bauland entwickelt und Gewerbe angesiedelt. Die Infrastruktur hat schon damit nicht Schritt gehalten (zum Beispiel RB 31/ÖPNV-Misere).

Wir müssen Flächen für unsere Landwirtschaft und Natur erhalten und können nicht einfach immer weiter bauen, versiegeln und gewerblich-industrielle Nutzungen etablieren, die im offenen Zielkonflikt mit der Natur stehen. Die bewusst verdrängten und immer unterschätzten Kosten und Risiken von „Wachstum“ sind irreversibel!



Ralf Winthroth
Sachkundiger Bürger
berichtet über
den neuen
Regionalplan

Ein neuer Kühlwagen für die Rheinberger Tafel – dringend erforderlich!

Seit vielen Jahren schaffen Ehrenamtliche der Rheinberger Tafel Woche für Woche Lebensmittel heran, um Menschen in Not diese Waren aushändigen zu können. Nun hat sich herausgestellt, dass der Kühlwagen nicht mehr hinreichend funktionstüchtig ist. Der Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren hat Anfang des Jahres für den Haushalt 2019 in Aussicht gestellt, 4000 Euro für die Anschaffung eines neuen Kühlwagens von Seiten der Stadt Rheinberg beizusteuern. Die Leiter der Tafel haben mehrfach bekundet, dass die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges unbedingt erforderlich sei, die frischen, auf Kühlung angewiesenen Waren wöchentlich ohne Schaden zur Ausgabestelle am Annaberg anliefern zu können. Zur Zeit bemühen sich die Ehrenamtler*innen um Spenden von Rheinberger Institutionen und Firmen.

Nun ist es der Grünen Fraktion bei der Verabschiedung des Haushaltes 2019 gelungen, 20.000 Euro für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges durchzusetzen, damit bald, gerade auch für die heißeren Monate des Jahres, die Kühlung der Waren beim Transport in einem neuen Wagen gesichert werden kann.

Nach wie vor fehlt Geld, denn ein neues Fahrzeug kostet nach Abzug der Rabatte 40.000 Euro! Wir hoffen sehr, dass bald weitere Spendengelder zusammenkommen, denn Lebensmittel sind wertvoll und das Risiko, dass sie durch mangelnde Kühlung verdorben sein könnten, ist zu groß. Viele notleidende Menschen sind in Rheinberg auf diese angewiesen!

Barbara Ettwig
Dagmar Krause-Bartsch
Karin Wolk



Winterswick/Strommoers soll an der L137 sauberer und sicherer werden

Im März hat der Straßenbaubetrieb Moers den Parkplatz bei Strommoers wegen Säuberungsaktionen gesperrt. Eine dauerhafte Sperrung für LKW wurde jedoch bisher mehrheitlich abgelehnt, obwohl der Platz für eine Rast der LKW-Fahrer ungeeignet ist. Es gibt keine Ver- und Entsorgungsinfrastruktur, daher Probleme mit Müll und der Beschädigung von Bäumen.

Die GRÜNE Fraktion bleibt da am Ball.

Interview mit Simon Thölke

Hallo Simon, schön dass du dir kurz vor deinem Umzug nach Oxford noch die Zeit für ein Interview nimmst.

Sehr gerne, für die Stattnachrichten habe ich doch immer Zeit (lacht).

Ok, dann legen wir direkt los und blicken einmal auf deinen Start als jüngstes Ratsmitglied vor einigen Jahren zurück. Wie war das damals, als du vereidigt wurdest?

Das war wirklich ein beeindruckendes Erlebnis. Ich stand damals vor all den verdienten Ratsmitgliedern, die teilweise dreimal so alt waren wie ich und wusste, dass meine Stimme im Rat von nun an genau so viel zählen würde. Diese Verantwortung hat mich erst einmal beeindruckt. Ich habe dann aber sehr schnell festgestellt, dass, bei allem Ernst in der Politik, der Spaß nicht zu kurz kommt und alle Beteiligten einen recht lockeren Umgang pflegen. Das hat mir den Einstieg sehr erleichtert.

Was war denn rückblickend dein größter Erfolg in den Jahren deiner politischen Arbeit?

Besonders in Erinnerung geblieben ist mir ein Erfolg aus dem letzten Jahr. Da haben wir Grüne es geschafft, dass 40.000 € für Baumpflanzungen zusätzlich in Haushalt eingestellt wurden. Rheinberg ist leider die baumärmste Kommune in NRW. Das gilt es zu ändern. In diesem Jahr haben wir sogar über 200 Tausend Euro für Bäume im Haushalt. Dieser Erfolg freut mich schon sehr.

Simon, du wirst nun drei Jahre deine Doktorarbeit in Oxford schreiben. Was wirst du denn in der „politikfreien“ Zeit außer den netten Abenden in der Grünen Fraktion vermissen?

Die Möglichkeit mitzureden und die Möglichkeit, die Meinungen vieler anderer Menschen zu hören. Ich bin damals in die Politik gegangen, weil ich etwas bewegen wollte. In der Ratsarbeit habe ich dann gelernt, dass es auch darum geht, die vielfältigen Meinungen unter einen Hut zu bringen und Kompromisse zu finden. Dieser konstruktive Austausch, der wird mir ebenfalls fehlen.

Da du ja nach 3 Jahren wieder zurück nach Rheinberg kommen wirst: Was würdest du den Rheinberger Bürgern in deiner Abwesenheit wünschen?

Es wäre natürlich klasse, wenn die Innenstadtsanierung bis dahin fertig ist und wir eine tolle instandgesetzte historische Innenstadt haben, in der man sich super gerne aufhält. Ich werde ja eine Zeit im historischen Oxford leben. Wenn ich dann wieder nach Hause komme, durch Rheinberg spaziere und nichts vermissen werde, dann ist einiges richtig gelaufen. (lacht) Außerdem wünsche ich mir, dass Rheinberg sich im Bereich Nachhaltigkeit weiter entwickelt. Mir fallen dazu zum Beispiel die Blühwiesen, ökologische Projekte und das Thema Wald ein.

Das sind ja einige Wünsche, an denen wir in deiner Abwesenheit intensiv arbeiten werden. Jetzt aber drücken wir dir für deine Doktorarbeit die Daumen und wünschen dir eine tolle Zeit in England.

Vielen Dank.



Der Annaberger Friedhof ist zum Teil in einem verbesserungswürdigen Zustand. Für die Herrichtung des Friedhofes sowie eine angemessene Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern sind auf Antrag der GRÜNEN 25.000 Euro in den Haushalt eingestellt worden.

Holzheizkraftwerk Solvay: Ökologischer und ökonomischer Fortschritt im Einklang?

Sehr lange hat die Solvay ihr „woodpower“ genanntes Investitionsgrößvorhaben vorbereitet, den in ihrem Kraftwerk benutzten Energiemix um die Verbrennung von Altholz-Häcksel zu erweitern und im Gegenzug die Kohleverbrennung zu reduzieren.

Rd. 200.000 Tonnen des zur Verbrennung aufbereiteten Altholzes benötigt die Solvay nach den eigenen Berechnungen jährlich und verspricht, durch den Einsatz modernster Kraftwerkstechnologie die eigenen CO²-Emissionen um 25% zu senken - durch geringere Mengen an zur Wärme- und Dampferzeugung verbrannter Kohle. Zudem will sie zur Reinigung der bei der Altholzverbrennung entstehenden Abgase eine selbst entwickelte und produzierte Produktlinie namens Solvair einsetzen.

So weit, so gut?

Die 200.000t Altholz-Häcksel sollen nicht über die vorhandene Bahntrasse (oder auch per Schiff) angeliefert werden. Stattdessen soll die deutsch-niederländische Recycling-Gruppe AVG vor Ort auf einer Fläche westlich der L 137 eine Altholz-Sammel- und Aufbereitungsanlage errichten, die eine Produktionskapazität von sogar rd. 300.000 Tonnen jährlich hat.

In dieser Anlage wird Bauholz aus Abbruchmaßnahmen, Restholz aus der Holzverarbeitung, Holz aus Sperrmüll, aber kein Frischholz, zu Häckseln geschreddert, das den Altholzklassen I – IV entspricht, also auch schadstoffbelastet ist (Kat. IV). Für die An- und Ablieferung wird mit täglich rd. 60 LKW-An- und Abfahrten (an 6 Tagen in der Woche) gerechnet.

Für diesen Recyclingbetrieb, der den sowieso schon sehr intensiven LKW-Verkehr rd. um Rheinberg weiter steigern wird, ist ebenfalls die Genehmigung der Bezirksregierung erforderlich.

Insofern ist der „Preis“ für die von der Solvay versprochene Senkung verschiedener

Emissionen ihrer bisherigen Energieproduktion durchaus hoch: Es werden weitere 7 Hektar Fläche mit industrieller Nutzung belegt, die Logistik dafür ist allein straßengebunden konzipiert, es wird auch schadstoffhaltiges Altholz angeliefert, zerkleinert und aufbereitet und 2/3 davon werden vor Ort im Kraftwerksbetrieb der Solvay verbrannt.

Die Stadt Rheinberg hatte bis Anfang April eine planungsrechtliche Stellungnahme zur Holzaufbereitungsanlage und zum Holzheizkraftwerk abzugeben, in der Anregungen und Bedenken formuliert werden konnten. In der kurzen Zeit war es der Grünen Fraktion nicht möglich, alle Antragsunterlagen angemessen zu bearbeiten. Schwachpunkte schienen uns bei erster Durchsicht die Art der Rauchgaswäsche, die Filtertechnik, die mit 850° zu geringe Verbrennungstemperatur, die geringe Schornsteinhöhe von 47 m und die Höhe der emittierten Feinstäube zu sein. Dies wurde im Umweltausschuss in die Stellungnahme der Stadt weitgehend übernommen. Deshalb konnten wir dieser zustimmen. Eine abschließende Positionierung der GRÜNEN pro oder contra Anlagenkonzeption ist dies aber nicht, dazu bedarf es einer vertieften Beschäftigung mit der Materie.

Die weiteren Verfahrensschritte: öffentliche Auslegung bis zum 29.4., Einwendungsfrist bis zum 29.5.19, Abwägung und ggfls. Erörterungstermin am 9.7.2019 um 10 Uhr im Kamper Hof, Rheinberg.



Ralf Winthroth
Sachkundiger Bürger
informiert über das
Solvay-Vorhaben
„woodpower“

ENDLICH!

Was lange nicht ging, wurde jetzt doch ermöglicht. Fußgänger/innen kommen leichter über die Römerstraße



IMPRESSUM

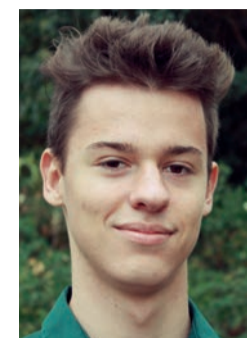
Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
Stadthaus Rheinberg, 47495 Rheinberg
Ortsverband Bündnis 90/Die GRÜNEN
c/o Ulla Hausmann-Radau
Grafschafter Straße 3c, 47495 Rheinberg

www.gruene-rheinberg.de
facebook: GRÜNE Rheinberg
Gestaltung, Satz und Druck:
TYPOGRAF Frank-Tuschen GbR
Schwalbenweg 14, 47475 Kamp-Lintfort
typograf@johannes-tuschen.de



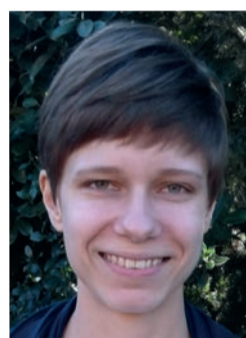
Das Europäische Parlament und seine Bedeutung für uns

Das Europäische Parlament besteht aus 751 Abgeordneten aus 28 (bald 27) Ländern. 96 davon werden von Deutschland als bevölkerungsreichstem Land der EU gestellt; das sind fast 13%! Dementsprechend ist auch unsere Verantwortung groß, welche Politik diese 13% vertreten. Wir können entscheiden, wer in unserem Namen im EU-Parlament zu wichtigen Fragen berät, diskutiert und abstimmt. Und wichtige Fragen gibt es wirklich genug. Vor allem Fragen, die den Klima- und Umweltschutz betreffen verlangen überstaatlicher und damit auch europäischer Regelungen. In diesen Bereichen wird sich bereits bemüht, viel zu erreichen, aber die EU kann z.B. noch stärker nachhaltige und umweltfreundliche Landwirtschaft fördern oder den Ausbau europäischer Stromnetze zur Unterstützung Erneuerbarer Energien vorantreiben. Dafür setzen wir GRÜNE uns ein.



Niels Awater
Mitglied im
Vorstand des
Ortsverbandes

Am wichtigsten ist jedoch: GEHT WÄHLEN! Jede Stimme für eine europafreundliche, demokratische Partei ist eine Stimme für eine bessere Zukunft.



Alexandra: Das wichtigste Anliegen unserer Zeit sollte das Aufhalten des menschengemachten Klimawandels sein. Dies ist in einer globalisierten Wirtschaftswelt nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene, sondern nur mit vereinten Kräften aller europäischer Staaten realisierbar. Außerdem bietet die Europäische Union eine Plattform für die ständige Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten. Dadurch trägt sie wesentlich zur langfristigen Friedenssicherung in Europa bei.



Sebastian: Auch in der digitalen Welt brauchen wir ein starkes und vereintes Europa. In der Digitalisierung steckt enormes Potenzial, der Klimakrise entgegenzutreten, daher muss die Forschung von Grüner IT europaweit gefördert werden. Datenschutz ist wichtiger denn je. Europa braucht einheitliche Sicherheitsnormen, um eine Digitalpolitik für die Bürger*innen zu gewährleisten. Genauso wichtig ist der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur und eine Sicherung der Netzneutralität. Es darf kein Zwei-Klassen-Internet geben. Europa hat das Potenzial, im Bereich Künstlicher Intelligenz und anderen neuen Technologien weltweit aufzuholen, indem wir zentrale Forschung ermöglichen und fördern.



Mara: Heutzutage haben wir unser Ressourcenkonto schon mehr als ausgeschöpft. Zunächst ein doch noch so weit fern geglaubtes Mysterium, sind die Folgen des menschengemachten Klimawandels jetzt schon deutlich spürbar. Der Hitzesommer 2018 ist mehr als ein Zeichen. Der Wandel steht sowohl zeitlich als auch örtlich direkt hier, vor unserer Haustür. Welche Rolle nimmt Europa für mich ein? Europa steht für mich, trotz der partiellen Schwierigkeiten, für Zusammenhalt. Für eine Vision. Für die Vision, Politik, Länder, Kulturen und letztlich Menschen zu vereinen. Und damit solchen elementaren Problemen mit nachhaltiger Politik zu begegnen. Somit ist Europa das Instrument, das richtig eingesetzt, Großes bewegen kann. Großes bewegen muss. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf.



Wanting: Unser gemeinsames Ziel für Europa ist die Hälfte der Macht den Frauen. Deshalb fordere ich ein starkes, tolerantes und grünes Europa, wo die Vielfalt und das „Wir“ zu Hause ist mit Chancen für jede*n – unabhängig von Hautfarbe und Herkunft, des biologischen und sozialen Geschlechtes und der Sexualität; denn nur gemeinsam können wir den politischen Herausforderungen unserer Zeit zuversichtlich entgegentreten.



Simon: Europa ist ein Versprechen an die Menschen. Das Versprechen auf Frieden. Das zeigt sich leider insbesondere dort, wo dieser Frieden gerade bedroht wird: auf der irischen Insel. Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ist bedauerlich und birgt sicher wirtschaftliche Nachteile für beide Seiten. Außerdem erschwert es den Austausch zwischen den Kulturen. Ich habe fünf Monate in England gelebt, großartige Erfahrungen gemacht und Menschen kennengelernt, ohne dass dies ein Problem gewesen ist. Doch besonders hart trifft es die (nord-)irische Bevölkerung. Sollte das Vereinigte Königreich eine Lösung nach dem Vorbild der Schweiz oder Norwegen (Teilnahme am Binnenmarkt) ablehnen, werden zwischen Nordirland (VK) und Irland (EU-Mitglied) Grenzkontrollen notwendig. Das dürfte den alten, gewaltsamen Konflikt wieder anstacheln, den ich nur aus Geschichtsbüchern kannte.

Barrierefreies Leben und Wohnen in Rheinberg . . .

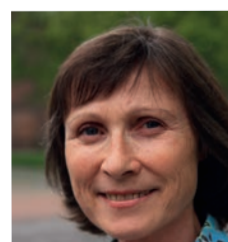
... ist ein wichtiges Ziel, das wir erreichen wollen und war der Antrieb für uns, vor einem Monat im "Haus der Generationen" zu einer gleichlautenden Veranstaltung einzuladen.

Unsere Bevölkerung wird immer älter, z.Zt. liegt der Anteil der Menschen, die 60 Jahre und älter sind, bei 34 % in Rheinberg, in 10 Jahren wird er bei ca. 45 % liegen. Schaffung von Barrierefreiheit bedeutet mithin eine Investition in die Zukunft. Behinderungen sind nur zu einem geringen Prozentsatz angeboren, in großer Mehrzahl entwickeln diese sich im Alter. Die UN-Menschenrechtskonvention garantiert ausnahmslos die gleichberechtigte und aktive Teilnahme von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Soweit die Theorie. Doch wie sieht die Praxis aus? Es gibt zur Zeit weder genügend noch bezahlbare Wohnungen für behinderte und ältere Menschen in Rheinberg. Wenn man nicht mehr so fit ist, mit einem Rollator, Rollstuhl oder Gehhilfe unterwegs ist, muss der behindertengerechte Zugang zu allen Arztpraxen, Apotheken und Geschäften und weiter auch in Bussen, Bahnen, Cafes sowie Gaststätten möglich sein. Ein verstellter Weg zu kulturellen Veranstaltungen, VHS-Kursen usw. ist nicht hinnehmbar.

All dies scheitert aber leider oft an kantigem Pflaster, unüberwindlichen Treppenstufen, Werbeschildern und Warenkörben vor Geschäften, hohen Bordsteinkanten, fehlenden behindertengerechten Toiletten, usw. Wir GRÜNEN werden uns verstärkt für Verbesserungen einsetzen und fordern:

Ausreichend viele und bezahlbare behindertengerechte Wohnungen in Rheinberg durch Neubau- und Umbaumaßnahmen
Barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen, Geschäften, Arztpraxen, Cafes, Restaurants und im Nahverkehr
Aufbau und Intensivierung eines Behindertenfahrdienstes
Einbeziehung des Seniorenbeirats und der Behindertenbeauftragten auch bei der Planung von städtisch bezuschussten privaten Bauprojekten (z. B. in den Sportvereinen).

Es gibt hier noch viel zu tun – packen wir's an!



Karin Wolk
Ratsfrau



Peter Mokros
Sachkundiger Bürger

RB 31 – es muss was passieren!

Fünf GRÜNE Ortsverbände von Moers, Rheinberg, Alpen, Xanten und Sonsbeck haben eine gemeinsame Aktion zu der unzumutbare Situation bei der Regionalbahn 31 gestartet. Bis Ende Mai werden an verschiedenen Orten sowie über die jeweiligen Homepages der GRÜNEN Unterschriften gesammelt, damit sich endlich etwas zum Besseren bewegt.

In den letzten Jahren, insbesondere in den letzten Monaten haben sich Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der Bahn dramatisch verschlechtert. Dabei sind Berufspendler*innen und Schüler*innen in besonderem Maße auf eine funktionierende Bahn am linken Niederrhein angewiesen, aber natürlich wollen auch Urlaubsreisende verlässlich auf die Bahn zurückgreifen können.

Die Sorge besteht jedoch, dass der linke Niederrhein von der Schiene abgehängt wird. Nach Beobachtung von dem GRÜNEN Lukas Aster, der die Bahn regelmäßig nutzt, hat sich das Fahrgastaufkommen im Berufsverkehr in jüngster Zeit mehr als halbiert, was angesichts der eigentlich notwendigen Verkehrswende eine Katastrophe darstellt.

Notgedrungen nutzen ehemalige Bahnkunden wieder das Auto, sofern sie denn über diese Möglichkeit verfügen. Das vermehrt auf den Straßen die Staugefahr. Um die Bahn wieder „auf die Schiene zu bringen“, ist es aber wenig hilfreich, die Schuld bei den örtlichen Eisenbahnern abzuladen. Wer etwas ändern will - und wir müssen es jetzt, wir hätte es längst tun müssen! - setzt bei der Ursache allen Übels, der maroden Schieneninfrastruktur der DB an und fordert ihre Modernisierung ein.

Es heißt immer, die Bahn sei nicht wandlungsfähig. Das ist historisch falsch. Die heutige RB 31, die vor über hundert Jahren als Rüben- und Kartoffelbahn mit 30 km/h begann und schon kurz darauf zur Regionalstrecke in die Niederlande mit 100 km/h ertüchtigt worden war, hat Höhen und Tiefen erlebt, 1988 die Stilllegung zwischen Xanten und Kleve im Zuge des Autobooms hinnehmen müssen und trotz ihres Wertes als Gefahrguttransporter der Solvaywerke in den letzten Jahren immer weitere Rückbauten erlitten, wie zuletzt die Kappung der Rheinberger Zweigleisigkeit.

Das darf so nicht weitergehen! Die DB Netz muss grundsätzlich umsteuern, in Rheinberg und auch anderswo in der Fläche. Dazu muss sie ihre Bedeutung als zuverlässiger Partner für den Klimaschutz im Personen- und Güterverkehr endlich im vollen Umfang erkennen, vor allem in Ballungsrandlagen wie Rheinberg und Xanten zügig umsetzen! Wir haben nicht mehr die Zeit für teure und unsinnige Millionengräber wie Stuttgart 21 oder fragwürdige Hochgeschwindigkeitsstrecken, die nach 12 Jahren wieder neue Gleise brauchen und ihren Zeitvorteil schon am nächsten Umsteigebahnhof abgeben.

Berlin ist in der Pflicht! Der Bundesverkehrsminister muss die Bahn umweltpolitisch in die Pflicht nehmen! Und es muss massiv in die Infrastruktur bei der Bahn investiert werden! Und wir im Kreis Wesel müssen es den Verantwortlichen in Bund und Land sagen!

Lukas Aster
Jürgen Bartsch